



Interviews

Datum: 05. Mai 2023

Gerhard Karner im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Darüber spreche ich jetzt mit Gerhard Karner, Bundesinnenminister von Österreich, Mitglied der Österreichischen Volkspartei ÖVP. Österreich hat, gemessen an seiner Bevölkerung, eine der höchsten Asylantragsquoten pro Kopf in der EU, verfolgt wohl auch deswegen eher den Kurs „Zäune und Mauern an der Außengrenze hoch“. – Guten Morgen, Herr Karner.

Gerhard Karner: Schönen guten Morgen! – Grüß Gott!

Grunwald: Herr Karner, sind Nancy Faesers Pläne ein Schritt in die richtige Richtung und auch die Chance, dass man sich gar in der ganzen EU darauf einigt?

Karner: Zunächst sehe ich es ähnlich wie meine Kollegin aus Deutschland, dass wir hier gegenüber vor einem Jahr, wie wir gestartet sind, deutliche Fortschritte gemacht haben, dass sich die Positionen in manchen Bereichen deutlich angenähert haben. Wenn wir daran denken, dass wir am 8. Februar eine Sitzung der Staats- und Regierungschefs erlebt haben, wo es erstmals einen gemeinsamen, einen einstimmigen Beschluss dazu gab, dass man sich einig darüber ist, dass man den Außengrenzschutz deutlich robuster, fester machen muss, damit wir einen funktionierenden Außengrenzschutz an den europäischen Außengrenzen bekommen, weil das letztendlich eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, dass wir zum Beispiel, wie jetzt auch darüber diskutiert wird in Deutschland, Asylverfahren an den Außengrenzen haben.

Grunwald: „Zäune hoch“ werten Sie als Erfolg. – Gehen wir mal mehr ins Detail. Faeser will Geflüchtete an den Außengrenzen erfassen, identifizieren und innerhalb von zwölf Wochen schnell prüfen lassen, ob gute oder nicht gute Chancen auf Asyl bestehen. Sie wollen aber mehr als eine schnelle Prüfung. Sie wollen, dass komplette Asylverfahren, die ja Monate dauern können, an den EU-Außengrenzen stattfinden. Ist das überhaupt menschenwürdig zu regeln?

Karner: Ich denke, das ist auf jeden Fall menschenwürdig zu regeln. Wenn man einen funktionierenden Außengrenzschutz hat, dann kann man auch sicherstellen, dass an diesen Grenzen ordentlich kontrolliert wird und dass auch schnelle Verfahren durchgeführt werden können, wie das jetzt zum Teil auch in Österreich schon passiert. Sie müssen sich vorstellen: Österreich hatte im letzten Jahr über 100.000 Asylanträge. Wenn Deutschland so viele gehabt hätte wie Österreich im Vergleich, hätte allein Deutschland über eine Million Asylanträge im letzten Jahr gehabt. Das war insgesamt das, was die EU an gesamten Asylanträgen hat. Das zeigt auch die Belastung, die Österreich, obwohl es ein Binnenland ist, letztendlich hat. Daher kämpfen wir massiv für eine Verbesserung des Systems und das beginnt an den Außengrenzen.

Grunwald: Bleiben wir doch an den Außengrenzen und brechen wir es wirklich mal runter. Man würde ja dann davon sprechen, dass hunderte, tausende Menschen höchst wahrscheinlich zusammengepfercht, unterversorgt in provisorischen Lagern an den EU-außengrenzen sehr lange ausharren müssen. Noch mal: Wie wollen Sie solche Transitzentren, wurden Sie ja genannt – wie will man so was menschenwürdig organisieren?

Karner: Ich denke, nicht. Eine wesentliche Aufgabe eines funktionierenden Asylsystems in Europa muss sein, dass wir jenen helfen, die unsere Hilfe brauchen. Das passiert in Europa immer wieder, wenn wir daran denken, wie viele Menschen – und Sie haben darüber berichtet – aus der Ukraine wir beispielsweise untergebracht haben.

Auf der anderen Seite geht es darum, dass wir den Schleppern die Geschäftsgrundlage entziehen. Jenen Menschen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg machen, sich in die Hände von Schleppern begeben, müssen wir das Geschäft abdrehen. Das ist das Entscheidende. Wenn wir hier ein funktionierendes System an den Außengrenzen haben, wird das passieren. Dann entscheiden nämlich die europäischen Staaten darüber, wer legal zuwandert und wer keine Chance auf Asyl hat, weil er als wirtschaftlicher Flüchtling kommt. Das ist die zentrale Aufgabe.

Grunwald: Sie glauben, wenn wir Transitzentren an den Außengrenzen haben, damit könnte man illegale Schlepperei verhindern?

Karner: Sie bezeichnen sie als Transitzentren; wir bezeichnen es als Verfahren an den Außengrenzen. Wir haben es vorgeschlagen als Pilotprojekt an den Außengrenzen, das hier gestartet werden soll, und dass wir uns ansehen, wie das funktioniert. Faktum ist, wir brauchen schnellere, raschere Verfahren.

Es ist uns in Österreich gelungen, beispielsweise bei indischen und tunesischen Staatsbürgern, die im letzten Jahr zu 30.000 nach Österreich gereist sind, die keine Chance auf Asyl haben, wurden diese Verfahren innerhalb von wenigen Tagen, innerhalb von wenigen Wochen negativ beschieden. Derzeit haben wir praktisch keine Anträge mehr aus diesen Ländern, weil das ein klares Signal ist an die Schleppermafia. Die sagen, sie haben keine Chance, illegal nach Europa, nach Österreich, nach Deutschland zu kommen. Das muss unser gemeinsames Ziel in Europa sein und ich glaube in der Tat, dass wir da im letzten Jahr ein deutliches Stück weitergekommen sind.

Grunwald: Wie können Sie denn die Sicherheit für all diese Menschen an der Außengrenze, die sich dort versammeln, die dort wahrscheinlich erst mal keine guten Bedingungen haben werden – das haben wir auch schon 2015 gesehen -, wie können Sie da die Sicherheit garantieren?

Karner: Ich gehe davon aus, dass sich Menschen nicht mehr versammeln, weil es dann keine Möglichkeiten gibt für Schlepperrouen, weil wir hier den Schleppern das Geschäft abdreuen müssen. Wir brauchen rasche Verfahren, dass die auch entsprechend zurückgewiesen werden und dass es klar ist, dass diese Menschen keine Chance auf Asyl haben, dass wir ehrlich und offen mit ihnen umgehen und sagen, ja, es gibt keine Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Wirtschaftlichkeit nach Europa zu kommen, weil es hier keine Möglichkeit gibt, legal zu arbeiten. Wir müssen klar trennen zwischen Asyl und legaler Zuwanderung und daher bin ich sehr optimistisch, dass wir hier wirklich einen guten Schritt weiterkommen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Ich habe im letzten Jahr, Mitte letzten Jahres darauf hingewiesen, dass wir Verfahren an den Grenzen brauchen, dass wir sichere Asylverfahren in sicheren Drittstaaten haben, wie das Dänemark beispielsweise mit Ruanda plant. Das sind doch sinnvolle Schritte.

Grunwald: Dann lassen Sie mich da noch mal einhaken. Da wollte ich auch fragen. Das finden Sie sinnvoll, wenn man Asylverfahren zusammen mit Ländern wie Ruanda durchführt? Wohl gemerkt: Ruanda ist eines der ärmsten Länder in Afrika. Das ist für Sie erstrebenswert?

Karner: Für mich ist erstrebenswert, dass wir verhindern, dass jährlich – und das ist im letzten Jahr passiert – 2500 Menschen im Mittelmeer oder im Atlantik in den Händen von Schleppern ertrinken. Es ersticken Menschen in den Händen von Schleppern in LKW. Das müssen wir verhindern und das passiert aktuell jetzt noch immer. Daher macht es Sinn, mit sicheren Drittstaaten zusammenzuarbeiten, wie das Dänemark plant und auch vorhat, und ich habe das im letzten Jahr bereits eingebracht in die Diskussion.

Grunwald: Mit Ruanda!

Karner: Beispielsweise mit Ruanda. – Ich habe das letztes Jahr beispielsweise auch schon eingebracht in die Diskussion bei den europäischen Innenministerinnen und Innenministern und ich bin froh und dankbar darüber, dass jetzt immer mehr Länder in dieser Richtung auch denken und versuchen, auf diesen Weg zu gehen. Von daher bin ich sehr froh, dass auch meine deutsche Kollegin in der Richtung Überlegungen anstellt, und ich denke in der Tat, dass wir hier eine breite Koalition brauchen, um hier einen Schritt vorwärts zu kommen.

Grunwald: Aber, Herr Karner, wie sehr können Sie darauf vertrauen, dass Länder wie Ruanda – ich wiederhole mich: eines der ärmsten Länder Afrikas mit schwelender Gewalt zwischen verschiedenen Volksgruppen -, wie können Sie darauf vertrauen, dass dort geflüchtete Menschen würdig behandelt werden?

Karner: Ich habe Ihnen doch gesagt, dass derzeit Dänemark es mit Ruanda plant.

Grunwald: Großbritannien auch.

Karner: Ich halte es für sinnvoll, dass wir als Europa zusammenarbeiten mit afrikanischen Ländern, beispielsweise als sichere Drittstaaten. Aber der jetzige Weg – ich wiederhole mich -, wo 2500 Menschen pro Jahr im Mittelmeer ertrinken, das ist wohl der völlig falsche Weg, dass wir Menschen Hoffnungen machen, dass sich Menschen in die Hände von Schleppern begeben. Diesen Irrweg, den müssen wir bekämpfen und da müssen wir andere Möglichkeiten finden, rechtlich, technisch durch einen robusten Außengrenzschutz und viele andere Varianten, die wir hier diskutieren auf europäischer Ebene. Da komme ich noch mal dazu, was ich zu Beginn gesagt habe, nämlich da bin ich völlig der Meinung meiner Kollegin Nancy Faeser, dass wir hier wirklich einen guten Schritt weitergekommen sind, dass wir hier zu einer Einigung unserer gemeinsamen Lösung kommen.

Grunwald: Dann sprechen wir noch zu einem anderen sehr strittigen Punkt innerhalb der 27 EU-Mitgliedsstaaten: Die Verteilung der Geflüchteten. Man hat es ja nicht hinbekommen, eine bestimmte verbindliche Zahl an Flüchtlingen pro Land festzulegen, die dann aufgenommen werden sollen. Jetzt soll es so etwas wie eine Koalition der Willigen geben. Da ist auch Nancy Faeser dabei. Länder wie Deutschland suchen konkret nach anderen europäischen

Ländern, die freiwillig Geflüchtete aufnehmen – Geflüchtete, bei denen man dann aber zumindest an der Außengrenze im Schnellverfahren geprüft hätte, dass gute Chancen auf Asyl bestehen. Bei dieser Koalition der Freiwilligen macht Österreich auch nicht mit. Warum nicht?

Karner: Wir haben diese Diskussion im Sommer letzten Jahres geführt, als die Koalition der Willigen erstmals im Gespräch war. Damals habe ich davon gesprochen, dass wir keine Koalition der Willigen, sondern eine Koalition der Vernünftigen brauchen. Vernunft heißt, dass wir keine falschen Signale an die Schleppermafia letztendlich senden, und das halte ich für ganz besonders wichtig. Wenn ich sage, ich nehme ohnehin jeden auf, auch wenn er aus wirtschaftlichen Gründen kommt, und verteile dann, dann ist das das falsche Signal. Aber wir können schon über Verteilung reden und wenn Österreich – Sie haben darüber berichtet – die zweitmeisten Asylanträge pro Kopf in ganz Europa nach Zypern hat, dann muss man darüber reden, wie können Menschen aus Österreich wegverteilt werden. Aber damit wir das sicherstellen können, brauchen wir wiederum die sogenannte Residenzpflicht. Das heißt, wenn jemand zugeteilt wird, dass er dort in einem gewissen Zeitraum, für einen längeren Zeitraum bleiben muss. Das sind alles Dinge, die in diesem Asyl- und Migrationspakt auch intensiv diskutiert werden müssen. Es beginnt bei einem funktionierenden Außengrenzschutz, es hat zu tun mit einer Residenzpflicht, viele Punkte, die hier auch entsprechend mit diskutiert werden müssen. Wir sind schon einen langen Weg gegangen in dieser Frage und haben im letzten Jahr auf diesem Weg einige Fortschritte gemacht, aber wir wissen wie so oft, dass die letzten Meter eines Weges oft die schwierigsten und härtesten sind, wo man sich am meisten anstrengen muss. Aber ich denke schon, dass wir es schaffen können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.